

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

**Amtsblatt** der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirk. . . . . Er scheint seit 1848.



**Anzeigeblatt** für Bischofswerda, Reuthen, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — — — — — **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. . . . . Fernsprecher Nr. 22.

**Verkauf:** Bischofswerda, Markt 15. . . . .

**Verkauf:** Markt Leipzig Nr. 21 542. — — — — —

**Anzeigenpreis:** Die 6-spaltige Grundzeile (100 Zeilen) . . . . .

Nr. 87.

Freitag, den 16. April 1920.

74. Jahrgang.

## Japanische Offensive gegen Sowjetrußland.

Wid. Amsterdam, 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Japaner berichten, meinetwegen Service aus Tokio: Die japanischen Truppen haben in Sibirien einen vollständigen Sieg davongetragen. . . . .

Der Zustand im Ruhrgebiet und seine politischen Folgen bedeuten aber eine schwere Gefährdung der Reichseinheit. Das Reich zu erhalten, müßte jetzt die Aufgabe aller sein. . . . .

Schon vor einigen Tagen meldete die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“, Japan habe an Sowjetrußland den Krieg erklärt. Diese Meldung, die vorerst nicht für ernst genommen wurde, findet nunmehr ihre Bestätigung in den . . . . .

Reichswehrminister Seeber: Wir kommen nicht aus den jetzigen Verhältnissen heraus, wenn wir die Atmosphäre des Misstrauens nicht zerstreuen. Dazu trug die Rede des Abg. Braß nicht bei. . . . .

### Nationalversammlung.

Zurückführung der Besprechung der Erklärung der Regierung und erste Beratung des Notetats.

Abg. Moß (Deutsche Sp.) führte am Schluß der Diensttagung aus: Ansehender hat der Justizminister durch die Art seiner Darlegungen jedes Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien in Zukunft unmöglich machen wollen. . . . .

Abg. Schwarz (Bayer. Sp.): Der Einmarsch der Reichswehr war nach unserer Überzeugung eine absolute Notwendigkeit. . . . .

Abg. Kahl (Deutsche Sp.): Dem Reichsjustizminister fehlen wesentliche Voraussetzungen für sein Amt, das er getrennt mißbraucht hat. Wir weisen seine Angriffe als unrichtig zurück. . . . .

Am Mittwoch kam zunächst zum Worte der Abg. Braß (Unabh.): Der deutsche Militarismus ist nicht niedergemacht und wirkt weiter. Wenn ein Schuh für die Ruhrbergwerke nicht zu vermeiden ist, so ist eine Befehung seitens der . . . . .

Reichsjustizminister Bland antwortet in scharfer Weise und verbat sich eine solche „gemeine Kampfesweise“. Aus der Erklärung der Partei eine glatte Abfrage herauszulesen, dazu gehöre die ganze Kunst eines Justizprofessors. . . . .

Reichspostminister Giesberts, der selbst im Ruhrgebiet die Aufgabe hatte, den Bürgerkrieg zu verhindern, schildert eingehend, daß nach dem Viesfelder Abkommen der . . . . .

Danach erhielt auch der Abg. Braß noch einmal das Wort. Er will dem französischen Journalisten und der interalliierten Kommission nichts gesagt haben, was nicht auch die Regierung gewußt habe, insbesondere nichts von den einmarschierten Truppen, sondern nur wegen der Aufnahme der Flüchtlinge der Roten Armee verhandelt haben. . . . .

Der weitere Verlauf der Aussprache, die bis in die neunte Abendstunde dauerte, war ein stürmischer. Der Präsident mußte mehrmals dem Abgeordneten Kahl wie auch dem Reichsjustizminister ins Wort fallen und immer wieder zur Ruhe und Würde mahnen. . . . .

Der Notetat geht an den Hauptausschuß mit einem Antrag der Unabhängigen auf Ernennung des 1. Mai zum Feiertag. . . . .

Donnerstag 1 Uhr: Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Schaumweinsteuer, Kinozensur. . . . .

### Zur Umgestaltung des Wahlgesetzes.

Die Verfassungskommission der Nationalversammlung hat sich bei der Beratung des Wahlgesetzes über folgende Grundsätze geeinigt: . . . . .

1. Es soll auf 60000 abgegebene Stimmen ein Mandat entfallen.
2. Es soll für die bevorstehende Reichstagswahl von einer grundsätzlichen Neuerteilung der Wahlkreise abgesehen und nur bei einigen besonders großen Wahlkreisen eine Kenderung eintreten, so z. B. bei dem Wahlkreis Hamburg-Stade-Bremen.
3. Die Reststimmen sollen erst auf Nachbarschaftskreise übertragen werden, der dann verbleibende Rest soll auf die Reichsliste übertragen werden. Es sollen bei der Reichsliste und auch bei den Verbandskreisen Beschränkungen gegenüber den kleinen Gruppen vorgenommen werden.
4. Man war ferner darüber einig, daß das Wahlrecht der Auslandsdeutschen sich jedenfalls für die bevorstehende Wahl nicht mehr durchführen läßt.

Weiter herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß das zurzeit geltende Wahlsystem an erheblichen Mängeln leidet, daß aber die Beseitigung dieser Mängel bei der Durchführung der Wahlen unmöglich ist, nicht nur weil die verfahrensmäßigen Vorbereitungen, sondern namentlich auch die parteiorganisatorischen sich nicht mehr rechtzeitig durchführen lassen. . . . .

### Das Räteparlament um den Wahltermin.

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Der hies. Korrespondenz zufolge werden die Wahlen voraussichtlich am 13. Juni stattfinden. . . . .

### Die Gefahr eines neuen Handstreiches.

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Der „Vorwärts“ beschäftigt sich weiter mit der Putschgefahr und deren Abwehr. Der Bezirksverband Großberlin der sozialdemokratischen Partei fordert die Genossen auf, der Republik im Kampfe gegen ihren inneren Feind gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand beizustehen. . . . .

Die Korrespondenz der deutschnationalen Volkspartei spricht die Erwartung aus, daß ihre Parteifreunde im Lande Umsturzplänen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. . . . .

### Polnische Bedrohung Oberschlesiens.

Breslau, 14. April. Die „Schlesische Zeitung“ berichtet, daß die polnische Regierung dem Obersten Rat mitgeteilt habe, sie beabsichtige demnächst gegen Deutschland mit Besetzungsmassnahmen vorzugehen, falls es die Verpflichtungen Polen gegenüber nicht erfülle. In Berlin wird hierzu bestätigt, daß die aus Oberschlesien einlaufenden Nachrichten tatsächlich einen immer ernstere Charakter annehmen und daß ein polnischer Putsch in Vorbereitung zu sein scheint. Die Reichsregierung faßt jedenfalls die Lage als sehr ernst auf und hat Vorkehrungsmaßnahmen bereits ergriffen. . . . .

### Der Rand der deutschen Handelsflotte

Berlin, 14. April. (W. T. S.) Die deutsche Schiffsdelegation hat auf Grund des am 6. März 1920 vorgelegten Memorandums, in dem darauf hingewiesen wurde, daß Deutschland, um seine sozialen, ökonomischen und finanziellen Organisationen aufrecht zu erhalten, nicht gezwungen werden sollte, die Übertragung seiner gesamten Schiffe durchzuführen, zu der es durch den Versailler Vertrag gezwungen ist, die Mittelung erhalten, daß nach Prüfung aller Einzelheiten die Reparationskommission zu dem Beschluß gelangt ist, daß nicht genügender Grund vorgebracht ist, um eine Änderung der Bedingungen der Anlage III in der von der . . . . .